

Junge Generation besonders von Aids betroffen

"Junge Menschen - Schlüssel zur Entwicklung" lautet der Titel des Weltbevölkerungsberichts 2003 der Vereinten Nationen, der diese Woche bei einer Pressekonferenz im Kooperationsministerium auch in Luxemburg vorgestellt wurde. Das Motto wird damit begründet, dass fast die Hälfte der Weltbevölkerung oder rund drei Milliarden Menschen jünger als 25 Jahre seien, 87 Prozent von ihnen leben in Entwicklungsländern, allein 1,2 Milliarden seien Jugendliche zwischen zehn und 19 Jahren. Investitionen in ihre Gesundheit und Bildung seien nicht nur für ihre persönliche Entwicklung wichtig, "sie sind auch der Schlüssel zur Bekämpfung der Armut", so der UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA).

Dem Bericht zufolge bekommen jährlich rund 14 Millionen Teenager ein Kind; Komplikationen bei einer Schwangerschaft oder während einer Geburt sowie unsachgemäß durchgeführte Abtreibungen seien die Haupttodesursachen für weibliche Jugendliche. Zudem infiziert sich im Durchschnitt alle 14 Sekunden ein Jugendlicher mit Aids - fast die Hälfte der Neuinfektionen betrifft Menschen unter 25 Jahren. Dies sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass viele Jugendliche in der Dritten Welt nicht genügend informiert werden. Deshalb seien dringend Investitionen im Bildungsbereich notwendig, denn nach UNFPA-Angaben können 57 Millionen junge Männer und 96 Millionen junge Frauen nicht schreiben. Aufklärung tue Not, so Hedi Jemai, Vertreter des Fonds für Luxemburg, der den Bericht gemeinsam mit Kooperationsminister Charles Goerens und dem UN-Beauftragten Alain Sibener vorstellte.

Regierung routiniert im Abschieben

Mittlerweile gehört es zur Routine der Regierungspolitik: Wieder sind abgewiesene AsylbewerberInnen aus Luxemburg nach Montenegro ausgewiesen worden. Am Mittwoch verließen 112 so genannte freiwillige RückkehrerInnen das Großherzogtum via Findel, ein Großteil davon Familien mit Kindern. Die ehemaligen jugoslawischen Flüchtlinge hatten sich zuvor schriftlich bereit erklärt, in ihr Herkunftsland zurückzureisen. Dabei hatte die luxemburgische Regierung im Sommer zugesagt, die Rückführaktionen schulpflichtiger Kinder möglichst in den Sommerferien stattfinden zu lassen. Sie habe ihr Versprechen damit gebrochen, kritisierte die Flüchtlingsorganisation Asti. Bisher gibt es keine Stellungnahme der Regierung. Justizminister Luc Frieden wollte während der Ausweisungsaktion in Bulgarien.

Ehrenbürger Abu-Jamal

Zum Ehrenbürger von Paris hat Bürgermeister Bertrand Delanoë den zum Tode verurteilten Journalisten und Bürgerrechtler Mumia Abu-Jamal ernannt. Bereits am vergangenen Samstag nahm die Bürgerrechtlerin Angela Davis für Abu-Jamal die Ehrenmedaille entgegen, denn Abu-Jamal selbst darf den Todestakt in Pennsylvania nicht verlassen. In seiner Rede sprach sich Delanoë gegen die "barbarie qui s'appelle la peine de la mort" aus und fügte vor den etwa 300 geladenen Gästen hinzu: "Tant qu'il y aura un endroit sur cette planète où l'on pourra tuer au nom de la collectivité, nous n'aurons pas fini notre travail."

Mit dem Festakt zählt Paris zu den 20 Städten in Frankreich, die wie zahlreiche weitere in Italien, Dänemark und anderen europäischen Ländern mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft ein deutliches Signal an die amerikanische Regierung gegen die Todesstrafe senden.

Neben Angela Davis waren auch Robert Bryan, Abu-Jamals Verteidiger aus San Francisco sowie Pam Africa, Sprecherin der Move-Organisation aus Philadelphia an die Seine gekommen. Sie berichteten von Abu-Jamals spezifischer Situation sowie von der allgemeinen Lage in den Gefängnissen und Todestrafen in den USA.



Dagmar Reuter-Angelsberg über das Wahlprogramm 2004 der Grünen. Die 48-jährige Gemeinderätin aus Sassenheim, seit 1993 aktives Mitglied bei Déi Gréng, will den Sprung in die nationale Politik schaffen. Sie wird bei den Parlamentswahlen für den Süden kandidieren. (Foto: Christian Mosar)

GRÜNES WAHLPROGRAMM**"Wir wollen offen bleiben"**

woxx: Frau Reuter-Angelsberg, wie lange wird die woxx noch über die Grünen als kleine Oppositionspartei berichten?

Dagmar Reuter-Angelsberg: Ich glaube noch einige Jahre. Ich hoffe natürlich, dass wir den Einzug in die Regierung schaffen, aber die Chancen stehen nicht wirklich so.

Auf dem grünen Kongress vergangene Woche sagte Camille Gira: "Lieber mit acht Leuten in der Opposition, als mit fünf in der Regierung." Wie passt diese Aussage zu dem kämpferischen Slogan der Grünen zum 20. Geburtstag "den Wechsel vorbereiten"?

Wenn wir es schaffen, mehr Deputierte ins Parlament zu bekommen, haben wir schon etwas erreicht. Würden wir tatsächlich acht Sitze gewinnen, wäre das ein großer Erfolg. Das könnte eine Zwischenetappe sein, um den Wechsel vorzubereiten. Wir haben bereits mehrere Leute in den Gemeinden, die teilweise fünf und mehr Jahre in der Gemeindepolitik gute Arbeit geleistet haben. Die müssen jetzt nur noch bekannter werden. Zum Beispiel die Escher Gemeinde mit Felix Braz oder die Differdingen mit Jeannot Logelin.

Nun gibt es auf Gemeindeebene ganz unterschiedliche Koalitionsmodelle: Das rot-rot-grüne Bündnis in Esch, das schwarzgrüne in Sanem, das grün-blau-schwarze in Differdingen. Was wäre denn Ihre Lieblingsfarbe als Koalitionspartner?

Da würde ich mich nicht festlegen. Auf Gemeindeebene kommt es eher auf die Menschen an, mit denen man zusammenarbeitet. Da gibt es in verschiedenen Parteien Leute, die sehr gute Ideen haben.

Und auf nationaler Ebene, gibt es dort einen Wunschpartner?

Auch da würde ich mich nicht festlegen. Es kommt uns darauf an, dass wir unser Programm so gut es geht verwirklichen können, und da ist sicher die eine

oder andere Partei kompatibel mit unseren Ideen. Ich betone aber noch einmal, dass man auch aus der Opposition heraus einiges bewirken kann, wie wir bewiesen haben.

Die Medien haben den Kongress zum neuen Wahlprogramm als bemerkenswert friedlich und einvernehmlich beschrieben. Wie erklären Sie sich das?

Der Kongress war sehr gut vorbereitet. Ich glaube, es war das erste Mal, dass alles wirklich strukturiert war. Die Arbeitsgruppen, die das Wahlprogramm vorbereitet haben, hatten sich sehr oft getroffen und das Wahlprogramm durchgesprochen. Die moderne Technik hat zudem geholfen, dass alle Anwesenden sofort alles parat hatten. Deshalb ist das so gut über die Bühne gegangen. Mitglieder hatten zudem noch genügend Zeit, Veränderungen vorzubringen.

Es gab aber im Nachhinein Stimmen, die sich über den Mangel an Diskussionszeit beklagten.

Das kann ich verstehen, aber es ist doch auch so, dass alle die Möglichkeit zur Debatte hatten. Sie konnten sich einbringen, Veränderungen vorschlagen. Der Zeitplan für etwaige Einwände war allen bekannt.

Im neuen Wahlprogramm hat es einige nicht unwesentliche Veränderungen gegeben. So wurde, obwohl im Vorentwurf und auch im Programm von 1999 enthalten, die Forderung nach einer Gesamtschule gestrichen. Warum?

Wir haben den Begriff der Ganztagschule vorgezogen.

Die ist doch nicht mit der Gesamtschule vergleichbar.

Ja, bei der Ganztagschule ist aber mehr Flexibilität. Es gibt Eltern, die ihre Kinder nicht unbedingt den ganzen Tag in der Schule lassen wollen. Diese haben dann auch die Möglichkeit, ihre Kinder vorzeitig nach Hause zu holen.

Die Gesamtschule war eine der zentralen Forderungen des scheidenden Déi-Gréng-Ab-

geordneten Robert Garcia. Die Idee der Ganztagschule hingegen findet man selbst bei der CSV. Gibt es ein neues Denken bei den Grünen?

Ich glaube schon, dass das ein neues Denken der Partei ist, auf diesen Weg zu gehen. Wir wollen offener gegenüber den Wählern und Wählerinnen bleiben.

Neben der Umwelt galt die Frauenfrage als urgrüner Wert. Beim neuen Text fällt auf, dass die Forderung nach verbindlichen Frauenquoten in der Arbeitswelt ebenso wenig drinnen steht wie eine obligatorische Quotierung der Wahllisten nach dem Reißverschlussverfahren. Sind diese Forderungen ad acta?

Nein. Unsere Haltung hat sich da nicht geändert, das ist nur nicht konkret ausformuliert worden. Zudem stellen wir ja paritätisch besetzte Listen auf, die Quotierung ist bei uns Realität.

Sie diskutieren seit einigen Monaten eifrig und kontrovers über die adäquate Platzierung auf den Wahllisten. Wie werden denn nun die Frauen bei den Grünen repräsentiert sein?

Über den konkreten Prozess möchte ich mich nicht äußern, bevor nicht etwas definitiv ist.

Der Osten wird voraussichtlich seine Listen noch in diesem Monat präsentieren, danach ist der Süden dran. Unklar ist doch besonders die Listenplatzvergabe im Süden.

Ja, aber das hängt von vielen Faktoren ab.

Sie kommen von der kommunalen Ebene zur nationalen Politik. Was motiviert Sie, nach zehn Jahren aktiver Gemeindepolitik, zu diesem Wechsel?

Es ist eine interessante Arbeit. Man bekommt neue Ideen, man kann den Horizont erweitern, nicht zuletzt kann man auch etwas für die Gemeinde dort tun.

Haben Sie Themen, die Sie auf nationaler Ebene besonders vertreten möchten?

Die Kultur beschäftigt und interessiert mich, ebenso wie das Schuldossier und Jugendpolitik. Ich werde sicher nicht nur frauenspezifisch tätig sein. Allerdings: Wenn man von Jugend- oder Kinderpolitik spricht, dann spricht man automatisch auch über Frauenbelange. Man muss die Situation der Frauen verbessern, um etwas für die Kinder und Jugendlichen zu tun.

Die Frage der Prostitution haben die Grünen lange Zeit in Richtung berufliche Anerkennung diskutiert. Das steht nun auch im Programm. Gibt es nicht in jüngerer Zeit - auch bei den grünen Frauen - einen Trend in die andere Richtung, hin zum schwedischen Modell?

Ich glaube, es gibt noch keinen Konsens in dieser Frage. Mir hat leid getan, dass wir auf dem Frauenhandels-Kongress im September das deutsche Modell nicht ausführlich vorgestellt bekommen haben, um vergleichen zu können. Auch das holländische fehlte. Ich meine, jedes dieser Modelle hat etwas Positives. Man darf auch nicht vergessen, dass in Schweden die Frauen die Männer hinter sich haben. Das gesamte Parlament hatte dem Verbot der Prostitution zugestimmt. Das wäre hier in Luxemburg aber eine sehr schwierige Diskussion.

Hätten Sie die männlichen Grünen hinter sich?

Ja, das denke ich schon. Das traue ich denen zu.

Auch eine eindeutige Positionierung hinsichtlich der zunehmenden Militarisierung weltweit fehlt. Im Programm Ihrer Partei heißt es zwar, die Uno soll gestärkt werden, von aktiver Friedenspolitik ist wie noch 1994 - jedoch keine Rede mehr. Eine Solidaritätsbekundung in Richtung Joschka Fischers verteidigungspolitischer Vision?

Es kommt noch ein Extra-Programm zu den Europawahlen, da wird das Thema sicherlich detaillierter erörtert. Ich glaube, das Bekenntnis zur Friedenssicherung stimmt noch immer. Es gibt in dieser Frage aber sicher noch Diskussionsbedarf.

Die Begriffe Patriarchat, Kapitalismus, Neoliberalismus, allesamt Schlüsselbegriffe einer linken Analyse, tauchen ebenfalls so gut wie gar nicht auf. Sind die Grünen dabei zu einer ökologischen DP zu werden, radikal liberal mit Pfefferminzgeschmack, wie es Land-Journalist Romain Hilgert zum 20. Geburtstag der Grünen schrieb?

Nein. Wir haben weiterhin Kräfte in der Partei, die linke Ideen unterstützen. Außerdem: Wir haben eine gekürzte Version des Wahlprogramms im Vergleich zu den Wahlen 1999. Wir wollten ein lesbares und übersichtliches Programm, weil das viele Leute eher lesen als ein kleines Buch.

Die Fragen stellte Ines Kurschat.